

# Protest gegen neuen Schutz vor Hochwasser

In immer kürzeren Abständen kommt es zu Unwetterkatastrophen. Der Schutz wird verstärkt. Das sorgt auch für Ärger – bei Grundeigentümern.

ANTON KAINDL  
THOMAS AUINGER

**MITTERSILL, WERFENWENG.** Ohne die neuen Schutzbauten wäre Mittersill am 31. Juli zum zweiten Mal nach 2005 komplett überflutet worden. Der Schaden betrug damals 50 Millionen Euro.

Aber nicht alle sind zufrieden mit dem Damm und den Ufererhöhungen. Kritik kommt von

## 5,2 Millionen Euro Katastrophenhilfe

Allein die Unwetter im Sommer dieses Jahres haben im Bundesland Salzburg Schäden von insgesamt 6,4 Millionen Euro angerichtet. Diese Bilanz zogen die Verantwortlichen des Katastrophenfonds. Für Soforteinsätze mussten 3,23 Millionen Euro bereitgestellt werden. Für Schäden an Wegen, Wohngebäuden, Betrieben und Fluren werden 1,99 Millionen ausbezahlt. Insgesamt belaufen sich die Beihilfen auf 5,22 Millionen.

Im Pongau betragen die Gesamtkosten für den Katastrophenfonds zirka 1,8 Millionen Euro. Im Oberpinzgau zahlt der Fonds rund 2,6 Millionen.

Für Hochwasserschutzmaßnahmen der Bundeswasserbauverwaltung an der Salzach zwischen Wald und Niedersill wurden in den vergangenen Jahren schon 29 Millionen Euro aufgewandt.

sogenannten Unterliegern. Das sind jene, die flussabwärts von den geschützten Gebieten wohnen. Einer ist der Mittersiller Landwirt Johann Gandler.

Er sagt, durch den Hochwasserschutz habe sich die Situation für ihn verschlechtert. Gandler hat Wiesen im Ortsteil Felben. Das ist flussabwärts des Zentrums. „Im Zentrum wurden die Salzachdämme erhöht. Es kann mehr Wasser durchgeleitet werden. Bei uns, wo die Dämme nicht erhöht wurden, fließt dadurch mehr hinaus“, sagt der Landwirt. „Meine Wiesen sind beim Hochwasser 2013 und heuer im Juli wieder unter Wasser gestanden. Und das Wasser ist langsamer abgeflossen als früher.“

Mithilfe des FPÖ-Bundesrats Dietmar Schmittner kämpft der Landwirt darum, dass er zumindest entschädigt wird. Gandler: „Die Bauern oberhalb des Dammes, die Nachteile haben, werden bei Hochwasserschäden zu 100 Prozent entschädigt. Ich bekomme nur die üblichen 30 bis 40 Prozent vom Katastrophenfonds. Außerdem bekamen die oben eine einmalige Entschädigung von 22.000 Euro pro Hektar. Ich nichts.“

Der Mittersiller war beim Wasserrechtsverfahren zur Errichtung des Hochwasserschutzes gar nicht geladen. Denn Gutachter hatten zuvor berechnet, dass die Schutzmaßnahmen für ihn keine Verschlechterung bringen. Heuer stellte der Landwirt einen Antrag auf nachträgliche Zuerkennung der Parteienstellung,



Johann Gandlers Wiese im Juli 2014: Schuld sei der Hochwasserdamm für

um dadurch zu Entschädigungen zu kommen. Sowohl die Bezirkshauptmannschaft als auch in zweiter Instanz das Landesverwaltungsgericht lehnten ab. Es gebe keine Verschlechterung und es handle sich um einen subjektiven Eindruck, lautet die Begründung. Schmittner kritisiert, dass das Land in dem Verfahren entscheide, das Projekt bewilligt habe und die Sachverständigen stelle. Das ergebe keine gute Optik.

Der Mittersiller Bürgermeister Wolfgang Viertler sagt, dieses Thema sei ein Dauerbrenner in Mittersill. Die Gemeinde bezahle die nicht durch den Katastrophenfonds gedeckten Schäden jener Landwirte, die durch den Damm Nachteile erlitten haben. „Aber wir können nur die entschädigen, bei denen Gutachten

belegen, dass sie wirklich einen Nachteil haben. Wenn ich als Bürgermeister die Möglichkeit habe, etwas herzugeben, dann tue ich es sowieso. Und ohne den Damm hätte es bei Gandler im Juli noch ärger ausgesehen.“



„Durch den neuen Damm ist es schlechter geworden.“

Johann Gandler, Grundeigentümer

Auch im unteren Pinzgauer Saalachtal flussabwärts von Saalfelden gab es schon Klagen von betroffenen Grundeigentümern, dass sich die Situation durch den Ausbau der Urslau in Saalfelden verschlechtert habe.

**STANDPUNKT**

Anton Kaindl

**Der Ball ist rund und Wasser nass**

Fast jeder Österreicher sieht sich als besseren Fußball-Teamchef. Und jeder Fluss- und Bachanrainer ist der bessere Hochwasserexperte. Kein Wunder: Das Thema ist in Regionen wie dem Oberpinzgau seit Jahrhunderten von existenzieller Bedeutung.

Aber echte Experten können inzwischen auf modernste Methoden zurückgreifen. Befliegungen erlauben die Erstellung von zentimetergenauen Bodenprofilen, die Auskunft geben, wo Überflutungen drohen.

Als Ende der 90er-Jahre der Gefahrenzonenplan in Saalfelden neu erstellt wurde, war plötzlich das ganze Zentrum in der Gefahrenzone. Gründe verloren an Wert, Baumaßnahmen wurden teurer. Der Planer wurde beschimpft und bedroht. Nie habe es dort ein Problem mit dem Hochwasser gegeben, hieß es. Die Planung wurde juristisch bekämpft. Im Sommer 2002 stand alles unter Wasser.

den Ort flussaufwärts. BILD: SN/PRIVAT

ANTON.KAINDL@SALZBURG.COM

Für Ärger sorgen vielerorts auch die überarbeiteten Gefahrenzonenpläne der Wildbachverbauung. Betroffene beschwerten sich über die ihrer Meinung nach übertrieben großen roten Zonen, in denen in vergangenen Jahren gar keine Schäden aufgetreten seien. Eigentümer könnten ihr Bauland nicht mehr bebauen, ihr Grund werde entwertet oder sie bekämen kein neues Bauland umgewidmet. In Werfenweng etwa haben mehrere Bürger, besonders im Ortsteil Lampersbach, gegen „nicht nachvollziehbare“ neue Zonen protestiert. Zum Teil mit Unterstützung der Gemeinde. Großteils ohne Erfolg.

Die zuständige Kommission hat lediglich einige Korrekturen vorgenommen. Nun liegt der Gefahrenzonenplan Werfenweng

zum „Absegnen“ bei Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (ÖVP). Vizebürgermeister David Rettensteiner (FPÖ) und Bundesrat Schmittner hoffen, noch Änderungen erreichen zu können. Vor allem aber fordert Jurist Schmittner Rechte für die Grundeigentümer. Er wolle notwendigen Hochwasserschutz nicht infrage stellen, aber die Gefahrenzonenplanverordnung sei nicht mehr zeitgemäß. „Der Eigentümer hat kein Einspruchsrecht, nur ein Anhörungsrecht, keine Parteistellung. Er erhält – im Gegensatz zu einem Wasserrechtsverfahren – keinen Bescheid, kann kein Gegengutachten erstellen lassen. Wir fordern Waffengleichheit.“ Es gebe Beschwerden aus vielen Gemeinden, wie St. Johann und Flachau.



BILD: SN/NÜRNBERGER VERSICHERUNG/NEUMAYR

**Ein „Gluck“ übersiedelt leihweise**

Die Nürnberger Versicherung übergab eine wertvolle Leihgabe an die Gluck-Forschungsstelle in Salzburg. Das Bild aus dem 19. Jahrhundert zeigt Christoph Willibald Gluck am Spinett. Hintergrund der Leihgabe war die Gluck-Matinee am Sonntag in der Universität Mozarteum. Im Bild: Nürnberger-Aufsichtsrat Helmut Geil, Aufsichtsratsvorsitzender Hans-Peter Schmidt, Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler, Nürnberger-Vorstandsvorsitzender Kurt Molterer sowie Michael Seywald (Landesdirektor Musikum).

**Gebell störte: Nachbar legte mit Scherben präparierte Wurst aus**

**RADSTADT.** Weil ihn das Bellen zweier Hunde störte, verteilte ein 49-Jähriger im Radstädter Ortsteil Mandling seit August wiederholt Wühlmausgift und mit Glasscherben präparierte Wurst auf dem Nachbargrund.

Der von der Polizei Radstadt ausgeforschte Mann ist geständig. Er wird bei der Staatsanwaltschaft wegen versuchter Tierquälerei angezeigt. Dank der Aufmerksamkeit des Hundehalters kamen die Tiere nicht zu Schaden.

**Das ist Kirche**

**Maria Langwallner**  
Austragbäuerin,  
Pfarre Wals

**Gelebter Glaube bringt reiche Frucht**

Für mich ist es eine der schönsten Aufgaben in meinem christlichen Leben, das Wort Gottes zu verkünden!

Es ist gut, auch noch im fortgeschrittenen Alter durch ein Ehrenamt eingebunden zu sein.

Ich bin sehr glücklich und zufrieden, in solch einer schönen und guten Pfarre leben zu dürfen. Ein Ehrenamt gibt sehr viel Kraft und Stärke.



Erzdiözese + Salzburg

www.kirchen.net